

## **Bericht des Ältestenrates der Partei DIE LINKE**

an die 1. Tagung des 6. Parteitages in Leipzig, 8. bis 10. Juni 2018

Der Ältestenrat hat in der Wahlperiode seine Beratungen gemäß Satzungsauftrag auf eine Teilnahme an öffentlichen Debatten und Beratungen des Parteivorstandes gerichtet. Bemühungen, die in wachsendem Maße Aufmerksamkeit und Unterstützung an der Basis der Partei finden.

Die im Bericht des Ältestenrates an die 2. Tagung des 5. Parteitages in Hannover dargelegten Schwerpunkte standen im Mittelpunkt unserer Arbeit. Das gilt besonders für die Wahlen zum Deutschen Bundestag, zur Außenpolitik, zur Lage in der europäischen Union und in Europa, den Problemen der ELP und der Entwicklung der Partei DIE LINKE. Stärker noch als bisher werden wir unseren Blick auf die politische Meinungsbildung in der Bundesrepublik zu richten haben.

In Deutschland und der EU macht sich eine Zäsur der Geschichtsentwicklung ständig breiter, die zur großen Herausforderung der Zeit an DIE LINKE, ihrem Profil und ihrer Bereitschaft zur Teilnahme an den politischen Kämpfen der Gegenwart und für eine friedliche und sozial gesicherte Zukunft wird.

### **Der Ältestenrat und der Prozess der Parteientwicklung**

Parteien sind Teil der Gesellschaft, was auch für DIE LINKE gilt.

Der Ältestenrat ging daher in seinen Beratungen stets von den Prozessen in der Gesellschaft aus und nahm, ausgehend von seinen Analysen konstruktiv und kritisch an der Entwicklung der Partei teil.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl brachten einen Achtungserfolg in den westlichen und beachtliche Rückschläge in den östlichen Ländern. Die Wahlniederlage der CDU gab mehr Raum für die AfD und die Niederlage der SPD brachte für DIE LINKE keinen Zuwachs.

Die Phasen der Regierungsbildung mit dem Scheitern der Jamaika-Konzeption und einer stark geschwächten Großen Koalition hat tiefere Veränderungen im politischen Geschehen und Verhalten der BRD ausgelöst.

In seiner Beratung am 6. März 2018 führte der Ältestenrat eine Debatte über die neue politische Situation in der BRD und zur Entwicklung unserer Partei. Der CDU/CSU ist es trotz Wahlniederlage gelungen, ihre Machtstellung zu festigen und die SPD versucht Nutzen aus der Regierungsbildung, nach dem Scheitern der Jamaika-Gespräche zu ziehen. Die Opposition im Deutschen Bundestag ist aus einer neuen Stimmungslage entstanden. Die Grünen und die FDP ringen nach dem Scheitern der Regierungsbildung um Positionen für Zugewinn und die AfD drängt verstärkt auf eine Rechtsentwicklung, wie sie in Ungarn, Österreich, Polen und anderen Ländern erfolgt.

DIE LINKE tritt im Parlament als linkspolitische Kraft in Erscheinung, führt jedoch in der Partei unter den Spitzenkräften eine Debatte, die in den Massenmedien ständig gegen DIE LINKE aufgegriffen wird und in der Partei Unsicherheiten auslöst.

Mit der Wahl zum Bundestag war ein Wachstum der Mitgliedschaft der Partei verbunden, den es nun zur politischen Stärkung der Partei zu nutzen gilt.

Der Ältestenrat unterstützt die Bemühungen um Aktionskampagnen im Bereich sozialer Kämpfe.

Die bisher aus den Stimmverlusten im Osten gezogene Lehren bilden aber noch keine Konzeption für grundlegende Veränderungen. Die neu ausgelöste Debatte über Regierungsbildung der Partei DIE LINKE mit der CDU in einer Phase der Wahlvorbereitung in ostdeutschen Ländern ist politisch unreif und kann nur als Streben von Führungskräften nach Regierungsposten ausgelegt werden.

Der Ältestenrat unterstützt die Erwartungen in breiten Kreisen der Mitgliedschaft an den Leipziger Parteitag und fordert die Delegierten auf, für ein deutliches linkes Profil der Partei einzutreten und zur politischen Stärkung der Partei beizutragen.

## Für die Erneuerung einer Europa-Diskussion

Der Bericht des Ältestenrates auf dem Parteitag 2017 in Hannover gab Auskunft über seine Anstrengungen im Rahmen der Europäischen Linken und der parlamentarischen Linkskräfte der europäischen Union an öffentlichen Debatten teilzunehmen. Wir waren um Fortsetzung dieser Debatten bemüht und haben am 6. März 2018 unsere Gedanken in einem Arbeitspapier »Für die Erneuerung einer Europadiskussion in der Partei DIE LINKE« zum Ausdruck gebracht. Auf drei Komplexe haben wir unsere besondere Aufmerksamkeit gerichtet:

1. Die europäischen Linkskräfte sollten sich gerade heute auf den antifaschistischen Gründungsprozess einer Europa-Entwicklung besinnen, der auch von Kräften aus Italien und Frankreich getragen wurde, die sich gegen den deutschen Faschismus stellten. Gerade jetzt, wo eine starke Rechtsentwicklung, bis zum Auftreten faschistischer Elemente in den EU-Ländern erfolgt, der Einfluss linker Kräfte zurückgedrängt wird und krisenhafte Momente auftreten, gilt es, Ansatzpunkte für eine antikapitalistische EU-Politik in die Debatte zu bringen und linke Politik ohne Anpassung zu vertreten. Der Prozess der Transformation in der EU ist auf Sozialabbau in allen gesellschaftlichen Bereichen gerichtet. Tatsachen belegen, wie Lohnabbau greift, eine ganze junge Generation durch fehlende Ausbildung und ohne Arbeit zu einer verlorenen Generation wird, wie neoliberale Reformen Demokratie zerstören und Ausbeutung vertiefen.  
Mit ein wenig »besserem« Kapitalismus ist die Lage nicht zu verändern. Daher ist ein neuer anti-kapitalistischer Ansatz unverzichtbar geworden.
2. Europa ist größer als die EU – ist unser Standpunkt. Die Ansätze für eine Friedensordnung, wie sie die Pariser Charta 1990, noch mit der Sowjetunion und dem Grundsatz Willi Brandts »Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts«, beschreibt, sind längst gegenstandslos geworden. Was als Gegensatz zwischen EU und Russland erscheint, ist dem Wesen nach der Beginn einer neuen Phase europäischer Entwicklung. Der Krieg gegen Jugoslawien hat auf europäischem Boden stattgefunden. Krieg zwischen europäischen Mächten wird nun, wie Syrien zeigt, als außereuropäisch, oder noch auf anderen Feldern ausgetragen. Sanktionen gegen Russland bringen beiden Seiten, besonders in der Wirtschaft, großen Schaden. Diplomatie, die für Eskalation eingesetzt wird, zerstört Vertrauen. Da ist der Weg zu militärischer Gewalt dann nicht mehr weit.
3. Eine neue Europa-Debatte fordert auch eine Erneuerung der eigenen linken Partei heraus. Was sich bisher vollzieht, ist das Verkünden von Begriffen, sind Unterstellungen und Kämpfe um Einfluss. Was auf der Strecke bleibt, sind Inhalte und Gesellschaftsanalysen sowie eine so notwendige Strategiedebatte.  
Nebeneinander bzw. gegeneinander läuft Vieles. Was grundlegend fehlt, ist ein Miteinander für und in einer Linksdebatte in der EU und europaweit.

Das Arbeitspapier wurde mit Sprechern für Europapolitik der Landtagsfraktionen diskutiert, die es als Anregung für ihre Tätigkeit begrüßten und dem Ältestenrat Hinweise für die weitere Diskussion gaben.

## Der Ältestenrat in der Mitte des Parteilebens

Der Ältestenrat hatte im November 2017 die Berliner Landesvorsitzende, Katina Schubert, sowie die beiden Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus, Carola Bluhm und Udo Wolf, eingeladen.

Im Mittelpunkt standen die bisher erreichten Ergebnisse seit Eintritt in die Landesregierung und die Einbindung der neuen Mitglieder in den Landesverband und die Bezirksverbände. Letztgenanntes ist auch deshalb notwendig, weil die Mehrheit der Eintritte über das Internet erfolgt. Der Landesvorstand und die Bezirksvorstände unternehmen große Anstrengungen, um die neuen Mitglieder in die Arbeit einzubinden und politische Bildung zu vermitteln. Um dies kontinuierlich zu realisieren, wird für die AG »Politische Bildung« eine halbe feste Stelle in der Landesgeschäftsstelle eingerichtet.

Am Anfang stehen die Überlegungen und Ideen, wie DIE LINKE in den Ostbezirken wieder an Stärke gewinnt. Dabei kommt natürlich den Bezirksverbänden große Bedeutung zu.

Kritische Anmerkungen gab es, weil ältere Mitglieder zunehmend häufiger den Eindruck erhalten, dass ihre Meinungen und Anregungen nicht mehr gefragt sind.

Die beiden Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus informierten über die bisher erreichten Ergebnisse und über Probleme, die noch mehr Aufmerksamkeit finden müssten. Schwerpunkt ist und bleibt das Thema Wohnen in seinen vielfältigen Facetten. Deutlich gemacht wurde auch, dass DIE LINKE mit diesem Ressort ein schweres Erbe übernommen hat. Aufgezeigt wurde ebenfalls wie die Kommunikation mit den in der Stadt Wohnenden entwickelt wird.

Bei Carola Bluhm und Udo Wolf war erkennbar, dass sie aus der Niederlage nach der letzten Regierungsbeteiligung nach Schlussfolgerungen suchen und um Fortschritte ringen.

Eine Vielzahl Fragen gab es zum Thema Erinnerungskultur.

In der Sitzung wurde sich geeinigt, dass der Vorstand des Ältestenrates ein Gespräch mit Dr. Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa, führt. Dies geschah inzwischen.

Klaus Lederer informierte umfassend über seine Arbeitsschwerpunkte.

Der Ältestenrat verwies, ausgehend von seiner Sitzung, auf das Thema Erinnerungskultur. Ein Anliegen ist, dass z. B. bezüglich der Gedenkstätte Plötzensee mit der Tschechischen KP zusammengearbeitet wird, da ein großer Teil der Ermordeten Tschechinnen und Tschechen waren.

Auch die Geschichte der Stadt Berlin nach 1945 braucht ein gemeinsames Herangehen.

Den Erscheinungen von Gleichsetzung der DDR und der Nazi-Zeit mit der Begrifflichkeit der zwei Diktaturen ist entschieden entgegenzutreten.

Im Gespräch wurde deutlich, dass größere Anstrengungen des Parteivorstandes erforderlich sind, um die erforderlichen Konzepte zu erarbeiten und Erinnerungskultur zum festen Bestandteil der politischen Arbeit zu machen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird im frühen Herbst eine »Geschichte des Ältestenrates« veröffentlichen. Sie könnte Anstoß für eine schon länger notwendige Debatte über unsere Parteigeschichte, ihre geschichtlichen Wurzeln und ihre historischen Herausforderungen sein. Die herrschende Politik spricht von neuer, größerer Verantwortung und meint, Neoliberalismus stärker und für Kapitalinteressen, militärische Stärke und imperiale Politik zu vertreten.

Die Zeiten eines Dritten Weges sind vorbei. Verantwortung lautet für DIE LINKE Systemkritik und Veränderung der Gesellschaft. Stellt sie sich dieser Herausforderung nicht, wird sie, wie das politische Leben in vielen europäischen Ländern bereits zeigt, in Bedeutungslosigkeit verschwinden.